

REZENSIONEN

Maria Framke: Delhi – Rom – Berlin. Die indische Wahrnehmung von Faschismus und Nationalsozialismus 1922–1939

Darmstadt: WBG, 2013. 360 S., 79,90 EUR
 Die Forschung zur indischen Auseinandersetzung mit Faschismus und Nationalsozialismus hat sich bisher weitgehend auf die Erfassung von Positionen führender Repräsentanten der Unabhängigkeitsbewegung und hindunationalistischer Kräfte beschränkt. Anliegen der Verfasserin ist es, darüber hinausgehend die Debatten in der englischsprachigen antikolonialen Öffentlichkeit des Landes zu untersuchen und dabei nicht nur bekannte Politiker und Intellektuelle einzubeziehen. Neben relevantem indischen, italienischen, deutschen und englischen Aktenmaterial hat sie für ihre Analyse das breite Spektrum indischer englischsprachiger Zeitungen und Zeitschriften genutzt, um Aussagen zum Grad der Wahrnehmung, d.h. der Übernahme bzw. Ablehnung faschistischen Gedankenguts aus Deutschland und Italien und der damit einhergehenden praktischen Politik treffen zu können.

Nach einer zusammenfassenden Übersicht und gegenwärtigen Bewertung des Themas Faschismus in Indien werden in fünf Hauptkapiteln jene Schwerpunkte vorgestellt, die für die Rezeption im Land als relevant in Erscheinung getreten sind. Dazu zählt der Kultur- und Bildungsbereich und hierbei vor allem die Tätigkeit des 1929 gegründeten Indischen Instituts der Deutschen Akademie in München und des 1933 in Rom gegründeten Italienischen Instituts für den Mittleren und Fernen Osten. Über den Kulturaustausch hinaus waren beide Institutionen durch die Vergabe von Stipendien und von Publikationsmöglichkeiten

bemüht, bei indischen Partnern ein positives Bild der Entwicklung in beiden Ländern entstehen zu lassen. Als wichtige Akteure im Ideenaustausch traten vor allem Bengalen in Erscheinung. Für den Schwerpunkt Jugend- und Bildungspolitik verweist die Autorin darauf, dass im Spektrum der indischen Jugend- und Freiwilligenbewegung und vorrangig unter Hindunationalisten Themen wie Körperertüchtigung, Disziplin und Führerkult hinsichtlich ihrer Bedeutung für ein starkes und einheitliches Indien frühzeitig eine Rolle spielten. Ihre Wahrnehmung sollte auch in einem über Faschismus und Nationalsozialismus hinausreichenden zeitlichen Kontext sowohl in Indien wie in Europa zu sehen sein.

Beim Thema Rassismus und Antisemitismus als drittem Schwerpunkt stellt die Autorin mit Ausnahme positiver Reaktionen seitens hindunationalistischer Kräfte zunächst eine vehemente Zurückweisung der auch gegen Inder gerichteten Auffassung von einer rassischen Unterlegenheit aller „farbigen Menschen“ fest. Dabei waren die im nationalsozialistischen Deutschland von Indern selbst geäußerten Proteste vorrangig auf ihre eigene Situation bezogen, ohne darüber hinausgehend eine Auseinandersetzung mit der faschistischen Rassentheorie zu verbinden. Die Wahrnehmung des Antisemitismus in Deutschland war nach 1933 in Indien anfangs mit einer teilweise unkritischen Übernahme der nationalsozialistischen Argumentation verbunden. Die Quellenauswertung lässt ab 1938 den Tenor einer zunehmend kritischen Stellungnahme erkennen. Nehrus und Gandhis Haltung zur Entwicklung in Deutschland wird analysiert, bevor die Autorin ausführlich und differenziert auf die Kontroversen in Indien um die Immigration jüdischer Flüchtlinge als Folge des nationalsozialistischen Antisemitismus

eingeht, die sie im Zusammenhang mit der wirtschaftlich-sozialen Situation und im kolonialen Kontext behandelt.

Wie schon vorher werden auch in den beiden abschließenden Themenbereichen der Wirtschafts- und Außenpolitik die Bezüge zu Entwicklungen in Deutschland und Italien sowohl hinsichtlich der Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der indischen Wahrnehmung als auch in ihrer möglichen Relevanz für die Zukunft des eigenen Landes untersucht. Dabei fanden Themen wie Staatsplanung, Industrialisierung, Arbeitsdienst oder Unterbeschäftigung neben kritischen Stimmen oft einen positiven Widerhall in der Presse und unter Politikern. Gleichermaßen gilt für Ökonomen hinsichtlich einzelner Maßnahmen in der Landwirtschaft und im Bereich der Sozialpolitik. Für die Auseinandersetzung mit der italienischen und deutschen Expansionspolitik hat die Autorin den Abessinienkrieg und die Sudentenkrise als Fallbeispiele unter Einbeziehung der Rolle des Völkerbundes gewählt. Die indischen Debatten, partiell flankiert von Solidaritätsbekundungen für Abessinien, lassen in ihrer Vielschichtigkeit die Einsicht von der Notwendigkeit einer eigenen außenpolitischen Positionierung gegenüber der britischen Außenpolitik und für die Beurteilung des Verhältnisses von Faschismus und Imperialismus in Falle eines Krieges erkennen.

Wie in den behandelten Themenbereichen bereits ersichtlich, verweist die Autorin zusammenfassend auf das breite Spektrum in den Reaktionen der englischsprachigen antikolonialen Öffentlichkeit gegenüber Faschismus und Nationalsozialismus. Eine bedingungslose Akzeptanz und praktische Übernahme lasse sich generell selbst bei ausgewählten Aspekten nicht feststellen. Eine unkritische Haltung stehe in Zusammenhang mit der fehlenden Erfassung der Faschismus und Nationalsozialismus zugrundeliegenden Ideologie, mit der zeitgleichen Beschäftigung mit Entwicklungen in

anderen Ländern und der Auseinandersetzung mit der Kolonialmacht.

Die Publikation vervollständigt durch einen kurzen biografischen Anhang, umfangreiche Quellen- und Literaturangaben und ein ebensolches Register, stellt eine wertvolle Bereicherung zu dem bisher nur ansatzweise und punktuell erforschten Thema Faschismus und Nationalsozialismus in Indien dar. Sie leistet damit auch einen konkreten Beitrag zur Faschismusrezeption im außereuropäischen Raum. Zugleich empfiehlt sie sich als wertvoller Baustein für eine Geschichte der deutsch-indischen Beziehungen und hierbei insbesondere für die erst in den Anfängen erschlossene 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts. Allen an Indien und am Thema Faschismus wissenschaftlich interessierten LeserInnen kann die Arbeit gleichermaßen empfohlen werden. Eine Ausgabe in englischer Sprache wäre wünschenswert.

Joachim Oesterheld

Johannes Beltz; Marie Eve Celio-Scheurer (Hgg.): Klangkörper. Saiteninstrumente aus Indien.

Zürich: Museum Rietberg, 2015. 81 S., 23 EUR

Der Band ist Ausstellungskatalog (Ausstellung „Klang/Körper“ im Museum Rietberg), Nachschlagewerk und zugleich ein Beitrag zur Erforschung der Saiteninstrumente der indischen Adivasis (Ureinwohner), insbesondere der im östlichen Indien ansässigen Santals. Die hier dokumentierten Instrumente, die zum größten Teil auf eine aktuelle Schenkung an das Museum Rietberg zurückgehen (einige wenige Exemplare wurden vom Rietberg-Kreis aus der Sammlung Fosshag angekauft), wurden im berühmten Zürcher Museum für asiatische Kunst zum ersten Mal ausgestellt und hier im Rahmen des vorliegenden Kataloges dokumentiert.

Die Sammlung geht zurück auf den Designer und Illustrator Bengt Fosshag, der über viele Jahre Indien bereiste und dabei über Jahr-

zehnte diese einzigartige Sammlung aufbauende. Dies in einer Zeit, in der lokale Traditionen mehr und mehr gefährdet sind und untergehen, wie das auch mit den Musikinstrumenten der Santals und ihrer Musik der Fall ist (vgl. den Beitrag „Eine Instrumentensammlung für ein Kunstmuseum“ von Johannes Beltz).

Das Museum, das als ein Ort für asiatische hohe Kunst eingerichtet wurde, öffnet sich mit der Annahme der Sammlung damit weiter in Richtung Volks- und Stamsmeskunst. Ursprünglich hatte sich das berühmte Museum Rietberg vor allem als Vermittler und Bewahrer der klassischen hochkulturellen Kunsttraditionen Indiens etabliert. Das Anliegen, klassische Kunstwerke aus Südasien als Exponate der Weltkunst zu etablieren, hat sich durchgesetzt. Inzwischen gibt es andere Prioritäten, die zu programmatischen Annäherungen zwischen der Weltkunst gewidmeten Museen und den modernen Völkerkundemuseen führten.

Ludwig Pesch macht in seinem Beitrag „Eine kleine Weltmusik: die Musik der Santal“ deutlich, dass die Santal und ihre Musik einerseits völlig eigenständig sind, andererseits aber in einem „Dialog im Flüsterton“ ihren Einfluss auf die indische Moderne hatten, vor allem über Rabindranath Tagore (1861–1941), der seine berühmte Universität Vishvabharati in Santal-Gebiet gründete. In diesem Sinn versteht sich der Katalog, wie Johannes Beltz schreibt, als „eine spielerische, poetische Annäherung an die Instrumente“ (S. 31) als „Klang/Körper“, das heißt als Klang erzeugende Kunstwerke der Santals.

Die Sammlung Fosshag besteht aus 92 Instrumenten aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, fast alles Streichinstrumente, deren Saiten entweder mit einem Bogen gestrichen oder gezupft werden. Ihr Formsprache nimmt die Körperteile des menschlichen Körpers auf, so auch in der Bezeichnung der einzelnen Teile des Instruments in der Santal-Sprache. Auch die ornamentalen Verzierungen sind meistens

anthropomorph. Leider sind die Instrumentenbauer und ihre konkrete Herkunft bisher weitgehend unbekannt.

Der kleine Band enthält außerdem einige der von Martin Kämpchen in deutscher Übersetzung herausgegebenen Lieder der Santal sowie hochauflöste Bilder aller Instrumente der Sammlung.

Heinz Werner Wessler

Ooi Kee Beng et al. (Hgg.): The 3rd ASEAN Reader

Singapur: ISEAS-Yusof Ishak Institute, 2015. 485 S., 45,90 USD

Im Kontext des zwölften ASEAN Summit 2007 wurde aufgrund der sich schnell verändernden globalen Strukturbedingungen beschlossen, die Frist für das Erreichen der ASEAN Community von 2020 auf 2015 vorzuverlegen. Der dritte ASEAN Reader erscheint somit im Nachgang zu dieser ersten Phase der Gemeinschaftsbildung.

Durch das Voranstellen der Vorworte der ersten beiden Bände wird der thematische Einstieg erleichtert, der Sammelband wird so in den historischen Kontext gestellt. Der Band setzt den Fokus auf die Machtverschiebungen in der Region, die damit verbundenen Konflikte sowie aktuelle Entwicklungen in den Mitgliedsstaaten und der Institution ASEAN.

Der ASEAN Reader wurde zusammengestellt von MitarbeiterInnen des ISEAS (Institute of Southeast Asian Studies) und umfasst mehr als 80 Aufsätze in 8 Abschnitten. Die AutorInnen kommen vor allem aus dem wissenschaftlichen Milieu oder hatten Funktionen innerhalb der ASEAN oder ihrer Mitgliedsstaaten inne. Methodisch sind verschiedene Ansätze eingeflossen, von vergleichenden Ansätzen bis hin zu Fallstudien der einzelnen ASEAN-Staaten.

Der erste Abschnitt ist einleitend konzipiert und beschäftigt sich mit der Entwicklung Südostasiens als Region von der ersten Vision in der Kolonialzeit bis hin zur heutigen

gen Bedeutung für Wirtschaft und Sicherheit. So betont W. Gungwu die geopolitisch-strategische Bedeutung der Region für die USA und geht auf ihre Konzeptualisierung durch das Vereinigte Königreich ein.

Der zweite Abschnitt führt eine Reihe von Fallstudien der Mitgliedsstaaten von ASEAN an, die einen breiten Überblick über die aktuelle Lage in den einzelnen Ländern geben, ohne sich in Details zu verlieren. Interessant ist der Beitrag von D. Kammen, der einen möglichen Beitritt von Ost-Timor diskutiert. Er kommt dabei zu dem Schluss, dass die junge Nation zwar noch nicht bereit ist, aber eine viel versprechende Entwicklung durchläuft.

Der dritte Abschnitt des Bands beinhaltet eine Reihe vergleichender Studien zu Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Kultur in Südostasien. Einführend wird klargestellt, dass vergleichende Ansätze zu Problemen bei der Abgrenzung führen, der Herausgeber betont aber die Bedeutung von Diversität als Variable. Außerdem werden gemeinsame historische Erfahrungen als Identifikationsmerkmale verwendet.

Der vierte Abschnitt behandelt internationale Entwicklungen und beschreibt die Erfolge wirtschaftlicher Integration trotz der Reaktivität der Organisation. Der Aufstieg Chinas stellt, trotz bestehender Abhängigkeitsverhältnisse, eine große Herausforderung dar. Besonders die maritimen Auseinandersetzungen machen sich immer mehr bemerkbar, auf die ASEAN zumeist wirtschaftlich reagiert, beispielsweise mit dem Abschluss von Freihandelsabkommen mit Japan oder mit der Transpazifischen Partnerschaft, wie J. I. Chong erläutert. Chien-Peng Chung geht auf die verschiedenen „ASEAN Plus“-Kooperationen und deren Rolle in der Konfliktbewältigung ein.

Der fünfte Abschnitt behandelt die Institutionen der ASEAN und kommt zu dem Schluss, dass der Integrationsprozess mit dem Abkommen über die ASEAN Charta 2007 ein wichtiges Werkzeug für zukünftige Integration geschaffen hat. Ein Problem

stellen nach wie vor politische Konflikte in den Mitgliedsstaaten dar, wie S. So am Beispiel von Kambodscha und Thailand zeigt. Interessant ist der Beitrag von T. Chalermpalanupap, der die steigende Bedeutung des Generalsekretärs und die damit verbundenen Herausforderungen untersucht.

Der sechste Abschnitt behandelt die internen Fortschritte im Kontext der Gemeinschaftsbildung von 2015. Aus den Beiträgen geht hervor, dass vor allem die wirtschaftliche Integration und Sicherheitskooperation intensiviert wurden. Die soziokulturelle Gemeinschaft jedoch sei noch ausbaufähig.

Der siebte Abschnitt beschäftigt sich mit den intensivierten auswärtigen Initiativen der ASEAN. Besondere Beachtung finden neue Kooperationen wie der East Asia Summit, das ASEAN Defence Ministers Plus-Treffen oder die abgeschlossenen Freihandelsabkommen. Dennoch weisen mehrere AutorInnen darauf hin, dass es starke Kompetenzüberschneidungen aufgrund der zahlreichen Institutionsgründungen gebe.

Der letzte Abschnitt ist Abschlussdiskussion und Ausblick gewidmet. Der Beitrag von B. Kausikan beschreibt Machtverschiebungen im Kontext von wachsendem ökonomischen Nationalismus. Obwohl die zentralen machtpolitischen Entscheidungen nach wie vor in Washington und Peking fallen werden, argumentiert Kausikan, dass ASEANs Wirtschaftsintegration der zentrale Mechanismus sei, ihre Identität zu wahren. Die Artikel von R. Sukma und A. Gyngell diskutieren institutionelle Reformen und sprechen sich für Sanktionsmechanismen bzw. effektivere regionale Institutionen aus.

Insgesamt gibt der Sammelband einen sehr guten und ausführlichen Überblick über eine Reihe von Themen im Zusammenhang mit ASEAN. Dabei stellt er diese gelungen in einen historischen Kontext und schafft Brücken zu den vorangegangenen Ausgaben. Fundierte wissenschaftliche Erkenntnisse und detaillierte Analysen sind daher nicht zu finden. Die einzelnen Abschnitte sind

sinnvoll strukturiert und bieten verschiedene methodische Ansätze. Kritisch ist anzumerken, dass einige Artikel in verschiedenen Abschnitten sich inhaltlich überschneiden. Weiterhin sind kulturelle Aspekte, im Vergleich zu politischen und wirtschaftlichen, unterrepräsentiert. Abgerundet hätte das Werk ein Abschlusswort der HerausgeberInnen über eine gemeinsame Vision der ASEAN. Der Band richtet sich somit an jegliche InteressentInnen, die einen breiten, aber kurzen Überblick über verschiedene Bereiche der Institution ASEAN gewinnen möchten und sich bisher nicht wissenschaftlich oder detailliert mit der Institution auseinandergesetzt haben.

René Muschter

Jean Rolin: Peleliu

Paris : P.O.L., 2016. 152 S., 14 EUR

Rolin beschreibt gerne abgelegene Orte der Welt, für deren Besuch es eigentlich keinerlei Grund gibt. Als Reiseschriftsteller stellt er sie, ihre Geschichte, Topografie, Flora und Fauna, die Bewohner und seine anekdotischen Erlebnisse, ihre Tragik und Lebensfreude mit großer Präzision und Sinn für Skurrilität sehr anschaulich dar.

Peleliu war als Teil der den Philippinen südöstlich vorgelagerten Inselgruppe der Palau, 1899 von den Spaniern gekauft und bis 1914 von Neuguinea aus verwaltet, Teil der deutschen Besitzungen im Stillen Ozean gewesen. Im Ersten Weltkrieg von der japanischen Marine besetzt, wurde es 1919 japanisches Treuhandgebiet. Tatsächlich legten die Japaner im Zweiten Weltkrieg auf Peleliu mit Hilfe von koreanischen und Okinawaischen Zwangsarbeitern auf der flachen Südhälfte der Insel einen großen Militärflughafen mit zwei Landebahnen an und begannen, die 500 großen Naturgrotten des im Norden der Insel gelegenen Koralenkalkmassivs Umurbogol („Bloody Nose Ridge“) durch Tunnel zu verbinden und die unterirdischen Geschützstellungen systematisch auszubauen. Die Inselbevölkerung

wurde auf die Hauptinsel Babelthuap evakuiert. Die Höhleneingänge wurden zu Schießscharten für Maschinengewehre verengt, Geschütz- und Flakstellungen mit Stahltürmen gegen Direktbeschuss geschützt. In jenem bombensicheren Höhlen- und Tunnelsystem gab es Kommandozentren, Kasernen, Lazarette, Vorratsbunker und Küchen mit Frischwasserquellen. Peleliu war vor einer Invasion weitgehend durch Korallenriffe und die Mangrovensümpfe im Süden gesichert. Der wahrscheinliche (und später tatsächliche) Invasionsstrand an der Südwestküste und in Flugplatznähe wurde vermint und durch die Aushöhlung eines Korallenfelsens, in dem MG- und Flakstellungen untergebracht wurden, sowie Bunker an der Südflanke geschützt. Tojos Befehl an Generalleutnant Inoue, den Kommandeur der Palau-Inseln, war nach dem Fall der Marianneninseln (der die absolute amerikanische Überlegenheit zu Wasser und in der Luft und die Bedrohung des japanischen Mutterlandes selbst zur Folge hatte), das Übliche: seine Haut so teuer wie möglich zu verkaufen, Zeit zu gewinnen, und bis zum letzten Mann die amerikanischen Verluste zu maximieren. Auf Peleliu waren unter dem Kommando von Oberst Nakagawa 11.000 Mann der kampferprobten 14. Infanteriedivision stationiert.

Doch schon im März 1944 legten 600 US-Bomber und -Kampfflieger den Flughafen und alle Bodeninstallationen in Schutt und Asche. 93 japanische Flieger wurden in der Luft abgeschossen und 36 am Boden zerstört. Von Peleliu konnte für die von MacArthur beabsichtigte Invasion der Philippinen offensichtlich keine Gefahr mehr ausgehen. Und für die angelaufene Dauerbombardierung Japans genügten die in Sommer 1944 eroberten Marinanneninseln Guam und Tiriam vollauf. Doch, einmal auf Wunsch von Nimitz und MacArthur mit dem Segen von Präsident Roosevelt beschlossen, wurde die Invasion Pelelius voll durchgezogen, auch wenn sie taktisch und strategisch völlig sinnlos geworden war.

General Rupertus verkündete, binnen drei bis vier Tagen werde man die Insel genommen haben. Es sollten mehr als zwei Monate werden. Wie immer im Pazifikkrieg unterschätzten die Amerikaner ihren Gegner. Man rechnete weiter mit dem ursprünglichen idiotischen Konzept der japanischen Marine, sich gegen Invasionen nur an der Küste zu verteidigen (und dort von der US-Artillerie pulverisiert zu werden) und die Überlebenden dann sinnlos mit Banzai-Angriffen zu opfern. Inzwischen hatte die Armee dazugelernt und war zu einem tiefgestaffelten Verteidigungssystem übergegangen, was die Amerikaner – auch später auf Iwo Jima und Okinawa – jedoch nicht wahrhaben wollten.

Am 12. September 1944 eröffneten 5 Schlachtschiffe und 8 Kreuzer von früh bis Nachtanbruch das Dauerfeuer auf die Strände und andere Ziele der 22 km²-Insel. Dazu warfen 400 Bomber der drei Flugzeugträger 250 kg Bomben und Napalmkanister ab, die den gesamten Dschungel abfackelten.

Nach einem zweiten Dauereinsatztage wurde der Beschuss abgebrochen, weil es keine sichtbaren Ziele mehr gab. Der Flughafen war komplett umgepflügt worden. Die Japaner hatten in ihren Höhlen und Bunkern strikte Feuerdisziplin gewahrt, um ihre Stellungen nicht zu verraten und sich dem Gegenfeuer nicht auszusetzen. Von insgesamt 47.000 Mann im Einsatz landeten am ersten Tag 16.500 Marines. Danach begann unter den Bedingungen von schwüler Tropenhitze, Dauerregen, Matsch und Ungeziefer ein Kampf von Mann gegen Mann, Bunker um Bunker. Der Gestank unbestatteter Leichen und die Verhältnisse durch die Fliegen- und Rattenplage waren unbeschreiblich. Für Bloody Nose Ridge mit seinen Steilhöhen, Bunker- und Höhlenstellungen befahl General Rupertus jeden Morgen einen neuen Sturmangriff. Mit Raketen und Flammenwerferpanzern versuchten die Amerikaner, die Höhlenstellungen zu knacken und abzufackeln und im Schutz von Rauchgranaten vorzurücken. Nächts griffen die Japaner die Marines in

ihren Schützenlöchern an und schnitten ihnen die Kehlen durch. Gefangene wurden auf beiden Seiten nicht gemacht. Von der Genfer Konvention hielt man, wie auch sonst im Pazifikkrieg, nichts. Oberst Nakagawa beging am 23. November 1944 Seppuku. Von den 11.000 Mann seiner Division gingen am Ende nur 202 Mann in Gefangenschaft. Davon waren nur 19 japanische Soldaten, der Rest Zwangsarbeiter. Von japanischen Verwundeten ist nirgendwo die Rede. Mit ihnen machten die Amerikaner üblicherweise kurzen Prozess. Mit 2.340 Gefallenen und 8.500 Verwundeten wurde Peleliu der bislang verlustreichste „Sieg“ der Amerikaner im Pazifik.

Rolin kommt aus Kokor, einer hässlichen Tropen-Kleinstadt US-amerikanischen Zuschnitts, mit der Fähre, die dreimal wöchentlich in der einzige wiederaufgebauten Ortschaft Kloulkloubed im Norden Pelelius anlegt, an. Dort gibt es neben 510 Einwohnern ein Palmenhotel mit ein paar Bungalows auf Stelzen, eine Kneipe und drei Gemischtwaren-Ladenschuppen mit US-Importwaren, dazu viele Hühner und gelbe Hunde.

Der Reiz von Peleliu ist, dass es ein „unaufgeräumtes“ Schlachtfeld ist. Weil es nach dem Sieg nutzlos war, blieb alles so wie es war. Die Amerikaner zogen ab, nahmen ihre Kadaver mit, warfen die der der Japaner in Gruben oder ließen sie verrotten. Die Munition, die Kartuschen, die Panzer- und Flugzeugwracks, alles blieb einfach liegen. Sie sprengten auch nicht wie auf Okinawa die Bunker- und Höhleneingänge. Rolin entdeckte dort neben Munitionsgrünen, Essgeschirren, Feldflaschen und Handgranaten auch noch die geleerten Bier- und Sakeflaschen der Verteidiger. So sieht Rolin denn bei seinen Inseltouren auf einem Mietfahrrad die Ruinen eines japanischen Elektrizitätswerks und einer Funkpeilstation, die Wracks japanischer und Sherman-Panzer, von Zero- und Avenger-Fliegern, US-Amtracs des mit Banyanbäumen überwachsenen Flugfeldes, Schwalben und Fledermäuse in den Grotten

und gespenstische Begegnungen auf den verlassenen Friedhöfen der zerstörten Dörfer.

Rolin beschreibt auch detailliert die Fauna, von den verwilderten Hunden bis zu den bissigen Salzwasserkrokodilen und den Makaken, die die Deutschen zur Entdeckung von Giftgasen in den mittlerweile aufgelassenen Phosphatgruben einführten. Von 1947 bis 1994 waren die Palau-Inseln US-Treuhandgebiet. Heute sind die 250 Inseln mit ihren 21.000 Einwohnern unabhängig. 70% der Palauer sind Mikronesier mit allerlei Beimischungen, der Rest Phillipinos und Chinesen. Japan hat jenes Opfer nicht vergessen. Am 8. April 2015 legten Kaiser Akihito und seine Gattin in einer bewegenden Zeremonie dort Kränze nieder. Das offizielle Japan versucht nun, die Gebeine der ebenso sinnlos wie tragisch Gefallenen noch irgendwie zu identifizieren und zu repatriieren.

Albrecht Rothacher

Sung-Sheng Yvonne Chang, Michelle Yeh, Ming-Ju Fan (eds.): The Columbia Sourcebook of Literary Taiwan

New York: Columbia University Press 2015. XXIV+565 pp., 74 EUR (hardcover) / 49 EUR (e-book)

This volume is a kind of literary history, consisting of more than 160 selections of first-hand accounts from between 1907 and 2005. There are also four Qing-period (1682–1895) texts; however, the book definitely focuses on the Japanese (1895–1945) and the Republican (since 1945) periods. It comprises very different sorts of texts: recollections of writers, theoretical articles, declarations of poetry societies, prefaces of literary works, critical essays, articles on the history of Taiwanese literature, diary excerpts, (auto)biographical sketches, interviews and conversation transcripts, (open) letters etc. The introduction contains an impressive amount of

valuable information and offers a lot of food for thought.

From the start, this book is a pleasure to read. The texts have been chosen carefully and translated well, all of them evoking a vivid picture of each period and often providing interesting insights. Quite a few selections from the 1920s and 1930s demonstrate that many Taiwanese still felt very close to Chinese culture, even after several decades of Japanese rule. In 1930, the first nativist movement 鄉土文學運動 came into being, starting with Huang Shihui's 黃石輝 proposal to use "the Taiwanese vernacular in essays, poems, fiction and songs" (63). The Japanese administration reacted by banning all efforts to use Romanization for Taiwanese writing (68), which in turn led to Guo Qusheng 郭秋生 suggesting in 1931 to develop new Chinese characters especially for transcribing Taiwanese according to its pronunciation (69).

Surprisingly, polemic articles were not too uncommon during the Japanese period — here are a few examples: two great essays by Zhang Wojun 張我軍 from 1924, filled with vitriolic anger and disgust about Taiwan's backward literary scene (50–54); Chen Fengyuan 陳逢源 in 1932 mocking poets who still write in the traditional style (73); Zhang Shenqie 張深切 retorting against this view by insisting that "the language in which the New Poetry is written is still unrefined" (93); Zhang Wenhuan 張文環 accusing the Japanese of completely misunderstanding and misrepresenting his homeland: "To this day, I have not read even one magazine article that has an accurate depiction of Taiwan" (144). Attempts to establish anarchist (59–63) and surrealist movements (81) further strengthen the impression that the Taiwanese literary scene was lively and colorful until the beginning of the Kominka-campaign 皇民化 in 1937, which aimed at rapidly turning all Taiwanese into loyal Japanese subjects.

A very important document from 1948 shows how Taiwanese writers after the war tried to defend their role under Japanese rule and to explain to the new rulers (i.e. the Kuomintang) that they had always tried to undermine the colonial authority and to remind the Taiwanese not to forget their Chinese roots. To the reader today, their massive fear is still palpable — the “228”-massacres had taken place just one year earlier. Still, Yang Kui 楊逵 does not shy away from remarking that “political conditions and fluctuations make writers feel uncomfortably threatened and intimidated” (151). This excerpt is both moving and chilling, because these men were not hoping to curry favor with the new masters in order to gain personal advantages, but desperately trying to demonstrate that the people of Taiwan were not the enemies of the new government and did not deserve to be treated as such.

The first few excerpts from the Kuomintang-era do not contain many surprises; they paint a rather bleak picture. But then again, as early as 1957, the question of literature in the Taiwanese vernacular was brought up again (176), only to be rebuffed instantly, of course. It was not until the 1960s and 1970s that the literary atmosphere became much livelier, as shown by the heated discussions about controversial works like Guo Lianghui’s 郭良蕙 “The Locked Heart” 心鎖(204, 208) and Wang Wenxing’s 王文興 “Family Catastrophe” 家變 (242, 262); Zhu Xining’s 朱西甯 article arguing in favor of lifting the ban of May 4th literature (257) is also very interesting to read, especially since this stance took some courage back in 1974. The second nativist movement is covered in great detail and from different viewpoints, including the discussion of Taiwan consciousness by Ye Shitao 葉石濤 (284–288) as early as 1977. Many excerpts from the early and mid-1980s already point to the upcoming abolition of martial law, openly discussing the democracy movement

and the bloody crackdowns of 1947 and 1979.

Many other important aspects are mentioned in this volume, such as the role of literary supplements (*fukan 副刊*) of newspapers, the emergence of aboriginal literature after 1987, Hakka authors, the phenomenon of Malaysian-Chinese (*Mahua 馬華*) literature in Taiwan, the literature of military settlements (*juancun 眷村*) and so on. On the other hand, some aspects that might have also been of interest are missing: The prominent and controversial writer Bo Yang 柏楊, for example, is nowhere to be found; just like the institution of “literature camps” (*wenyi ying 文藝營*) which were first organized in the 1950s by the China Youth Corps. The editors also left out the field of literary reportage, on which Yang Kui started a series of theoretical essays as early as 1937, and which started flourishing again in the 1970s. With regard to folk literature, Li Xianzhang’s “Collected Works of Folk Literature” 台灣民間文學集 from 1936, the first book of this kind, could have been mentioned as well, and the journal “Review and Bibliography” 書評書目 could have been pointed out as a very good first-hand source for literary debates between 1972 and 1981. Unfortunately, the latest documents stem from 2005, which is regrettable since there might have been a chance to show that there was a revival of “Sinocentrism” after the KMT’s return to power (although, of course, not in the same authoritarian way as during the 1950s and 60s).

As to the indexing in this volume, there is one minor problem: It is a little confusing that persons are only cited in the index if they are mentioned in the excerpts, not if they authored an article. Guan Jieming’s 關傑明 name, for example, does not appear in the index at all, even though his text “On the predicament of Modern Chinese Poets” can be found on pp. 226–228 (the same goes for Tang Wenbiao 唐文標). So, readers who wish to know if a certain author can be

found in this volume should remember to check both the index and the table of contents.

All in all, this book is a milestone, an indispensable resource for anyone interested in the history of Taiwanese literature, and it is also a very valuable collection of sources to be used within the greater framework of East Asian or Sinosphere studies.

Thilo Diefenbach

Thomas Weyrauch: Taiwans gemeinsame Farbe. Das demokratische Profil der Republik China

Heuchelheim: Longtai 2015. 304 S.,
27,80 EUR

Taiwan fristet im deutschen Sprachraum – gerade im Vergleich zu seinem übergroßen Nachbarn – nach wie vor ein Schattendasein. Die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Januar sorgten hierzulande zwar zumindest kurzfristig für eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit, trotzdem sind fundierte Studien zum politischen (oder gar kulturellen) Leben der Inselrepublik in deutscher Sprache immer noch recht selten. Der Jurist Thomas Weyrauch, der sich seit 1975 mit Taiwan und China befasst, hat bereits mehrere Bücher vorgelegt, um hier Abhilfe zu schaffen, unter anderem 2011 „Chinas unbeachtete Republik“ und 2014 „Chinas demokratische Traditionen“ (beide ebenfalls bei Longtai erschienen; ausführliche Rezensionen sind auf amazon.de zu finden). All seine Bücher sind erkennbar von der Bewunderung Weyrauchs für die taiwanische Demokratie geprägt, die seiner Ansicht nach – trotz aller Mängel – vorbildlich nicht nur für China, sondern für ganz Asien sein kann. Die im Titel angesprochene „gemeinsame Farbe“ bezieht sich auf die Hoffnung des Autors, dass die taiwanische Gesellschaft die Gräben zwischen den politischen Lagern (blau für die Kuomintang, grün für die Demokratische Fortschrittpartei) überwinden und sich als Ganzes für Demokratie,

Freiheit und eine sichere Zukunft engagieren möge.

Der vorliegende Band ist eine Tour d'horizon durch die taiwanische Gesellschaft und sämtliche für Taiwans Demokratie relevanten Faktoren: die republikanische Verfassung und sonstige rechtliche Grundlagen, Staatsaufbau, Parteien- und Medienlandschaft, einflussreiche PolitikerInnen, Wirtschaft, Verhältnis zu China, Verfassungsreformen, die Kommunalwahlen von 2014 und die Sonnenblumen-Proteste 太陽花學運 vom März 2014. Zusätzlich gibt es kommentierte Listen der in Taiwan zugelassenen Parteien und eine Übersicht zu Mitgliedern und Sitzverteilung des Parlaments (Lifa yuan 立法院). Der Schwerpunkt des Buches liegt auf der jüngsten Legislaturperiode, wobei Weyrauch immer wieder historische Exkurse einstreut. Dass sich der Autor ausschließlich auf deutsch- und englischsprachige Quellen stützt, mindert m.E. den Wert des Buches nicht automatisch, da gerade auf Englisch genug Material zu dem hier behandelten Themenbereich vorliegt (sowohl aus dem anglophonen Raum als auch aus Taiwan selbst).

So begrüßenswert dieser umfassende Ansatz ist – Weyrauchs Studie weist leider einige Schwächen auf. Grundsätzlich stellt sich zunächst eine Frage, die der Autor sogar selbst im Vorwort aufwirft: „Es liegt auf der Hand, von diesem aufregenden Staat zu lernen und ihn – durchaus auch kritisch – zu beschreiben. [...] Wann also ein Buch darüber verfassen, wenn nicht jetzt?“ (3) Die naheliegende Antwort: Wäre das Buch nur ein halbes Jahr später erschienen, also ein paar Wochen oder Monate nach den Wahlen vom Januar, hätte der Autor nicht nur eine abschließende Bilanz der Ära Ma Ying-jeou ziehen, sondern auch das WählerInnenverhalten und die aktuelle Sitzverteilung analysieren können. In der jetzigen Form dagegen sind einige Teile des Buches schon kurz nach Drucklegung überholt.

Ein weiteres Problem beeinträchtigt die Qualität des Buches sehr viel erheblicher.

Prinzipiell ist es zwar erfrischend, wenn ein Autor kein Blatt vor den Mund nimmt und deutlich Position bezieht (jedenfalls ist das besser als ein Verfasser, der sich unablässig hinter „objektivierenden“ Phrasen verschanzt); sobald diese Positionen aber erkennbar auf rein persönliche Sympathien oder Abneigungen zurückzuführen sind, verliert der Autor an Überzeugungskraft.

Ein gutes Beispiel für die manchmal sehr einseitige Herangehensweise Weyrauchs ist seine Darstellung der Sonnenblumen-Bewegung, an der er kein gutes Haar lässt: „In der Gesamtschau erscheint [sie] als rechtsverneinende Gruppierung mit der Selbstmandatierung unter dem Vorwand, im Namen der Bevölkerung Taiwans zu handeln.“ (167) Hier fällt eine gewisse Einseitigkeit der Arbeitsweise Weyrauchs auf, denn in Deutschland wohnende AnhängerInnen der Bewegung lässt er leider nicht zu Wort kommen – dabei wäre es ein Leichtes gewesen, mit ihnen Kontakt aufzunehmen: Weltweit solidarisierten sich taiwanische Studierende mit den „Sonnenblumen“ und bildeten entsprechende Gruppen, die sehr aktive Öffentlichkeitsarbeit betrieben.

Das gesamte Buch hindurch lobt der Autor den unlängst abgewählten Präsidenten; nach Weyrauchs Einschätzung ist Ma nur aufgrund von Hetzkampagnen der Opposition und ihr nahestehenden Medien so unpopulär geworden. Übertroffen wird diese stark verschwörungstheoretisch anmutende Darstellung noch von dem Kapitel über den Ende 2014 gewählten Bürgermeister Taipehs, Ko Wen-je 柯文哲: Acht Seiten lang erklärt Weyrauch, welche Patzer, Aussetzer und Rechtsbrüche auf das Konto des Stadtoberhaupts gehen (225–232), um dann aber festzustellen, dass Ko laut Umfragen bei den Wählern trotz alledem noch immer sehr beliebt sei. Der Autor unternimmt jedoch nicht den geringsten Versuch, diesen merkwürdigen Widerspruch aufzuklären; stattdessen wärmt er auch noch äußerst rufschädigende Vorwürfe gegen Ko auf (181–2), die längst widerlegt sind.

Das Problem an all dem ist, dass sich das Buch sehr leicht gegen den Strich lesen lässt. Denn wenn das taiwanische Volk angeblich so leicht manipulierbar ist, dass es einen hervorragenden Präsidenten nicht im Mindesten zu schätzen weiß, und wenn die EinwohnerInnen Taipehs einen unfähigen Bürgermeister für großartig halten – kann man dann von einer reifen, vorbildlichen Demokratie sprechen? Weyrauch spielt somit unabsichtlich der chinesischen Propaganda in die Hände, die Taiwans politisches System allzu gern als chaotisch darstellt; und er begeht genau dieselben Fehler, die er – völlig zu Recht – den taiwanischen Medien vorwirft. Bedauerlicherweise vertieft er damit in letzter Konsequenz genau die Gräben, die er doch eigentlich überwunden sehen will.

Thilo Diefenbach

Christopher W. Hughes: Japan's Foreign and Security Policy Under the "Abe Doctrine"

Basingstoke; New York: Palgrave Macmillan, 2015. X, 96 pp., 65,21 USD

This timely book is a valuable companion to understanding the foreign and security policy initiatives undertaken by the second Abe Shinzō administration. The book's six brisk chapters assess the origins, domestic impact, and international ramifications of Abe's security and diplomatic revolution. In addition, the author caps his comprehensive and pondered rendition of changes in Japan's security system with a disenchanted take on the apparent dynamism of the "Abe Doctrine".

Other scholars, especially US and Japan-based scholars, have underplayed the entity of Abe's security reforms, instead emphasizing the evolutionary nature of change in Japanese foreign and security policy following the end of the Cold War. In contrast, the author highlights the revolutionary nature of the change initiated by Abe. Hughes argues

that the Japanese Prime Minister has introduced radical policies that have the potential to dismantle the remnants of Japan's so-called "Yoshida Doctrine", Japan's seemingly consistent preference for economic development at the expense of a more proactive political and security role throughout the post-war years.

Hughes finds Abe's aspirations for restoring Japan as a Great Power, Abe's insistence on a declarative foreign policy couched in universal values, and Abe's willingness to deepen the US-Japan alliance ridden with contradictions. He convincingly points at the tension between Japan as a faithful upholder of the international order and Abe's deep-held desire to subvert that very US-centered order known prosaically as "breaking away from the post-war regime" (*sengo rejīmu kara no dakkyaku*). According to Hughes, Abe's penchant for historical revisionism will also backfire, because it undermines Japan's regional leadership. Lastly, the "Abe Doctrine" rests on the recovery of Japan's autonomy and independence through greater alliance burden-sharing, which paradoxically locks Japan into even greater dependency to the United States, thus enhancing Japan's insecurity. As a result of these three great contradictions, Japan will abandon a foreign policy defined by pragmatic realism for one of "resentful realism", which is characterized by: "fear of China, lack of trust in the US and a continuing desire for the reassertion of national pride and autonomy" (95). In the end, Japan will become more unpredictable and easily pose risks to the regional order.

The package of foreign and security policies advanced by the Abe administration have been facilitated by his presidential style, hence Hughes' analytical focus on the Abe-centered input is spot on. Indeed, Abe's approach seemingly resembles Yoshida Shigeru's top-down leadership style, not least because of their political longevity, active interest in foreign and security policy, and because of systemic changes within the broader international environment. But

Yoshida's foreign policy would be labeled and institutionalized as the "Yoshida Doctrine", or more modestly in Japan as the "Yoshida line" (Yoshida rosen), only in the 1960s. Arguably, its popularity as a "strategy" depended on Japan's traditionally low military profile, on the political culture of Japan's identity politics, and on the retrospective impact of IR scholars in Japan. At any rate, Japan's post-war emphasis on economic development and on a low political profile was born out of a consensus between and within the politico-bureaucratic elite and an insular public opinion. The same cannot be said of the "Abe Doctrine". For instance, Yoshida was the don of a political stream within the Liberal Democratic Party (LDP) ranks, while Abe is no such towering figure quite yet. Many of Yoshida's political successors and, importantly, the bureaucratic apparatus watered the seeds planted by Yoshida, also in light of the popularity of economic growth prioritization among voters. Abe's reforms lack these three important ingredients. To be sure, a growing number of revisionists have joined the LDP rank and files, but their rightward idealism does not ring among the electorate at large; even at a time of general anxiety over regional insecurity, the LDP's popularity rests on economic foundations and an impotent opposition. More broadly, the very tenability of Abe's security reforms hangs on Japan's economic performance. Given Japan's secular stagnation and the twin phenomena of a declining and greying population, it is unlikely Japanese citizens will want to project power globally, especially at a time of growing global disorder.

Public opinion is already restraining Abe's more intransigent colors. For instance, the Abe Statement was probably a missed opportunity for reconciliation with Seoul and Beijing, but US and domestic public opinion restrained Abe's revisionism. After all, he now abides "in general" to the Kono and Murayama statements, the gold standards of Japanese apologies, and he needs to assuage domestic and international public opinion

that he is a strenuous upholder of the international status quo.

Moreover, the interesting aspect about policy-making under Abe is that the vast majority of his influential advisors are not ideologues enamored with his revisionist agenda, but rather "balancers" who are willing to restore a power balance in East Asia as Chinese power increases and US commitments wane. Finally, Abe's recurrent mentioning of democratic values and the like end up tying his ideological hands forcing him to commit Japan to acting as a *status quo* country. There is a real possibility that "proactive contribution to peace" (*sekkyoku-teki heiwa-shugi*) and other trademarks from the Abe era will outgrow Abe.

There are many merits in Hughes' analysis, not least a dispassionate enunciation of the aims advanced by Abe and the revisionist camp. At the same time, it is possible to advance a more sanguine view of the future course of Japan's foreign policy line. The successors to Prime Minister Abe will prove whether the glass is half empty or half full. That said, this book is required reading for understanding the contours of change in Japan's security system in the Abe era and it will appeal to Political Science and Japanese Studies scholars, as well as practitioners and students.

Giulio Pugliese

Momoyo Hüstebeck: Dezentralisierung in Japan. Politische Autonomie und Partizipation auf Gemeindeebene

Wiesbaden: Springer VS, 2014, 227S., EUR 39,99

Vor dem Hintergrund der geplatzten Wirtschaftsblase und zahlreicher politischer Skandale mehrten sich im Japan der 1990er Jahre Rufe nach politischen Reformen. Diese sollten dem staatlichen Steuerungsdefizit, das als verantwortlich für die Misere ausgemacht worden war, entgegen wirken. Die Wahlrechtsreform von 1994 ist als ein aus

diesen Diskursen erwachsenes Gesetz zuvorderst zu nennen. Daneben gilt es insbesondere auf das Gesetzespaket zur Förderung der Dezentralisierung (*chihō bunken suishin ikkatsuhō*) aus dem Jahr 2000 zu verweisen. Implementiert als sogenannte Dreierreform (*sanmi ittai kaikaku*) unter Premierminister (2001–2006) Jun'ichirō Koizumi sollte das politische System Japans in drei Schritten einer grundlegenden Reform unterzogen werden: Deregulierung, Privatisierungen und eben Dezentralisierung.

Die Dissertationsschrift von Momoyo Hüstebeck (Universität Duisburg-Essen, 2011) nimmt sich der Frage an, wie die Dezentralisierung des japanischen Staates seit der Ära Koizumi tatsächlich vorangekommen ist. Dazu richtet sie ihren Blick dezidiert auf die lokale Ebene. Als Fallbeispiele dienen ihr die Städte Mitaka (175.000 Einwohner) und Fujimi (105.000 Einwohner) im Großraum Tokio. Beiden Städten wird eine Vorreiterrolle bei kommunalpolitischen Ansätzen zugesprochen. Konkretisiert wird die Studie ferner durch ihre Konzentration auf zwei der drängendsten kommunalpolitischen Themenfelder, nämlich Stadtgestaltung und Altenversorgung. Die Studie basiert auf einer Vielzahl von leitfadenorientierten Interviews mit Stadtabgeordneten, Verwaltungsangestellten und engagierten BürgerInnen und vermag so ein anschauliches Bild der täglichen Herausforderungen kommunalpolitischen Steuerns zu zeichnen. Eingebettet wird die so gewonnene Empirie in bemerkenswert umfangreiche und tiefgreifende Überlegungen zu Demokratietheorien unter besonderer Berücksichtigung von Legitimitätsdiskursen.

Um die Reichweite der erfolgten Implementierung von Dezentralisierungsmaßnahmen fassen zu können, soll das „Autonomiepotenzial der japanischen Selbstverwaltungskörperschaften“ (39) eruiert werden. Hüstebeck versteht dieses politische Autonomiepotenzial – das sich schlussendlich in verstärkten *bottom up*-Initiativen innerhalb

des politischen Systems äußern könnte und in diesem Sinne politisch-normativ gewünscht sei – abermals als Resultat eines Dreiklangs. Voraussetzung für politische Dezentralisierung seien entsprechend Devolution, fiskalische Dezentralisierung und politische Partizipation. Die Devolution, also die Übertragung von Aufgaben und Entscheidungsbefugnissen an nachgeordnete Ebenen im politischen System, sei ebenso eine notwendige, wenngleich nicht hinreichende Voraussetzung für eine gelingende politische Dezentralisierung wie auch die Garantie ausreichender Finanzmittel und damit die fiskalische Dezentralisierung. Zusätzlich sei es notwendig, dass die lokalen Selbstverwaltungskörperschaften „von der umfassenden Aufgaben- und Machtübertragung tatsächlich Gebrauch machen“ (19). Dies kann als Teilaспект des Faktors politische Partizipation innerhalb des Dreiklangs verstanden werden. Ein weiterer Aspekt ist naheliegender und bezieht sich auf die Existenz und Inanspruchnahme von Möglichkeiten zum bürgerschaftlichen Engagement.

Als Ergebnis der Fallstudienanalyse stellt sich heraus, dass die Devolution – ein zentrales Element der Dezentralisierungsbestrebungen unter Koizumi – in der Tat vorangeschritten ist und die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine politische Autonomie somit zumindest auf dem Papier geschaffen wurden. Dennoch warnt beispielweise der Verwaltungsangestellte Masahi Fujikawa aus Mitaka vor übergrößem Optimismus, wenn er darauf hinweist, dass es „noch dreißig Jahre“ dauern werde, bis „greifbare Ergebnisse“ (103) vorlägen. Bei der fiskalischen Dezentralisierung besteht schon jetzt großer Nachbesserungsbedarf, denn durch zu zögerliches Umsetzen der fiskalischen Dezentralisierung wird der Handlungsspielraum der Kommunen deutlich eingeschränkt. Der Verwaltungswissenschaftler Wataru Ōmori spricht in diesem Zusammenhang gar von einem „gebietskörperschaftlichen „Schein-Versagen[s] der dezentralen Aufgabenwahrnehmung“ wenn-

gleich die nationale Ebene es ist, die unzureichend Finanzmittel überträgt“ (123).

Ein ähnliches Bild zeigt sich für den Punkt der politischen Partizipation: Zwar fördert die kommunale Bereitstellung von formellen Partizipationschancen die politische Mitbestimmung, doch bestehen zugleich zahlreiche Partizipationshemmnisse fort. Auf Seiten der BürgerInnen ist das zentrale Hemmnis die nach wie vor mangelnde verbindliche Umsetzung des Bürgerwillens durch die lokale Verwaltung. BürgerInnen werden zwar in beratender Funktion, aber nicht als entscheidende AkteurInnen in die kommunalen politischen Prozesse einbezogen; so wird von den BürgerInnen konkret eine Zurückhaltung der Kommunen insbesondere gegenüber direktdemokratischen Instrumenten beklagt (170–171). Zugleich werfen die BürgerInnen den Verwaltungsangestellten vor, ihrerseits zu wenig Engagement zu entwickeln. Exemplarisch hierfür soll Eisuke Uchinaka aus Mitaka stehen, der beklagt, dass die Verwaltungsangestellten, anstelle innovative Ideen zu entwickeln, sich lediglich darüber Gedanken machen, „wie ihre Arbeit von der Bürgermeisterin aufgenommen oder von den übergeordneten Ebenen bewertet wird“ (88).

Es sind Einblicke in die japanische Kommunalpolitik wie diese, die Hüstebecks Studie ihrer Leserschaft zu vermitteln vermag. Dabei wird deutlich, dass Japans Dezentralisierungsreform insbesondere „im Hinblick auf die politische und fiskalische Autonomie“ (197) weit hinter den in sie gesetzten Erwartungen zurückgeblieben ist. Zudem gelingt es Hüstebeck in dieser Studie, das in Forschung und Öffentlichkeit weit verbreitete Missverständnis, Dezentralisierung befördere automatisch Demokratisierung, zu widerlegen. Fast scheint es, als zeige das Fallbeispiel Japan, dass Demokratisierung im Sinne einer aktiven Teilhabe am politischen Prozess vielmehr eine versteckte Voraussetzung für gelingende Dezentralisierung sei.

**Mark R. Mullins und Koichi Nakano
(Hg.): Disasters and Social Crisis in
Contemporary Japan. Political, Religious,
and Sociocultural Responses**

New York: Palgrave Macmillan, 2016.
318 S., 96,29 EUR

Die beiden Herausgeber Mark R. Mullins (Universität Auckland, Neuseeland) und Koichi Nakano (Sophia Universität, Japan) diskutieren in ihrem Band die Auswirkungen zweier Katastrophenjahre auf Japans Politik, Gesellschaft, Kultur und Religionen. Gemeint sind die Jahre 1995 und 2011, in denen jeweils Naturkatastrophen und von Menschen gemachte Katastrophen unmittelbar aufeinanderfolgten und die Nation ins Mark trafen.

Im Januar 1995 erschütterte ein Erdbeben die Millionenstadt Kōbe, brachte zahlreiche Häuser und die Stadtautobahn zum Einstürzen und kostete 5.000 Menschen ihr Leben. 30.000 wurden verletzt, 300.000 waren plötzlich obdachlos. Nur zwei Monate später verübten Mitglieder der *Aum Shinrikyō*-Sekte einen Giftgasanschlag in der Tokioter U-Bahn. Zwölf Menschen kamen dabei ums Leben. Im März 2011 folgten die Katastrophen noch unmittelbarer aufeinander: Erdbeben, Tsunami und der Atomunfall von Fukushima stehen in einer direkten Linie einer Katastrophe, die zunächst auf die Region Tōhoku in Nordostjapan beschränkt war. Allerdings war lange Zeit unklar – bzw. ist es bis heute unklar – inwiefern die Auswirkungen insbesondere der Atomkatastrophe nicht eher als nationale oder gar globale Herausforderung verstanden werden müssen. 15.000 Menschen verloren im Zuge der Katastrophen von 2011 ihr Leben; Hunderttausende leben bis heute in provisorischen Unterkünften; eine komplette Region wurde auf einen Schlag entvölkert.

Mullins, Nakano und ihre Mitautorinnen und -autoren fragen in insgesamt zwölf Kapiteln nach den Auswirkungen dieser Ereignisse für die japanische Nation. Die Beiträge sind thematisch in die vier Sektionen Politik, Gesellschaft, Kultur und Religionen geglie-

dert. Zahlreiche der hier versammelten Beiträge allerdings haben Cross-Over-Qualitäten und binden so die Gedankengänge über die disziplinären Perspektiven hinaus aneinander. Exemplarisch dafür mag der Beitrag eines der beiden Herausgeber, Mark R. Mullins, dienen, der sich mit einem Aspekt der religiösen Antworten auf die Katastrophen befasst, konkret mit der Rolle der Katastrophen als Gelegenheitsfenster für das Aufkommen neonationalistischer Strömungen, wie sie etwa durch die *Shintō Seiji Renmei*, die „Vereinigung zur Stärkung von Verbindungen zwischen Shintoismus und Politik“, symbolisiert und vorangetrieben wird. Katastrophen also kreieren ein Klima, in dem der Ruf nach starker politischer Führung laut werden kann. Wie sich dies in den vergangenen beiden Dekaden immer wieder in der Praxis erwiesen hat, erläutert der andere Herausgeber, Koichi Nakano, in seinem Beitrag zum Rechtsruck der japanischen Politik, der gleichermaßen einhergeht mit dem Auslöschen der politisch oppositionellen Kräfte.

Strategien, die Bürgerinnen und Bürger in diesen Situationen nutzen, um etwa eine mediale Gegenöffentlichkeit zu schaffen (Slater et al.), werden in den Beiträgen der Gesellschaftssektion ebenso eruiert, wie hier ein Blick auf eine Politisierung im Verborgenen von bis dato wenig politisierten gesellschaftlichen Gruppen gerichtet wird (Holdgrün und Holthus). Zudem rückt die gesellschaftspolitische Bedeutung des *volunteering* im Einsatz für gesellschaftlich marginalisierte Gruppen ins Zentrum (Avenell). Weitere politische Antworten auf die Katastrophen erläutern Japans anhaltende Identitätskrise vor dem Hintergrund der sino-japanischen Rivalität (Shibata) oder auch im Kontext der sogenannten *Operation Tomodachi* („Freund“) wie die Hilfseinsätze des US-Militärs in der Region Tōhoku genannt wurden. An der Schnittstelle von Politik und Wirtschaft bewegt sich Kingston mit seinem Beitrag zu Japans künftiger Energiestrategie. Des Weiteren bieten Ambros und Graf in ihren beiden Beiträgen

Einblicke in die Reaktionen buddhistischer Gruppen auf die Katastrophen und die Notwendigkeit, konkrete Alltagshilfe für deren Opfer zu leisten. Literarische Reaktionen auf die Katastrophen sind ebenso vertreten, mit einem Blick einmal auf Yoshinori Kobayashis Manga (Sakamoto) und einmal auf das Werk von Haruki Murakami (Suter).

Angesichts der Fülle und der disziplinären Diversität der hier versammelten Beiträge mag man befürchten, dass es sich um ein Sammelsurium von wenig verbundenen Einzelbeiträgen handelt. Ganz klar: Dem ist nicht so. Der Leserschaft werden, im allerbesten Sinne, zahlreiche Querverbindungen – inhaltlich wie argumentativ – zwischen den Beiträgen auffallen. Zudem muss betont werden, dass die Einzelbeiträge allesamt neues empirisches Material präsentieren, das den Blick der Leserschaft kurzweilig auf Einzelaspekte des Umgangs mit den größten Katastrophen der japanischen Nachkriegszeit lenkt. Die beiden Herausgeber und ihre Autorinnen und Autoren vermögen der Ankündigung des Einleitungskapitels gerecht zu werden, nämlich zu Tage zu fördern, wie: „crisis moments can bring out the best and the worst of the human condition“ (15).

Gabriele Vogt

Cornelia Reiher, Lokale Identität und ländliche Revitalisierung. Die japanische Keramikstadt Arita und die Grenzen der Globalisierung [Local Identity and Rural Revitalization. The Japanese Pottery Town Arita and the Limitations of Globalization]

Bielefeld: transcript, 2014. 294 pp.,
44,99 EUR

Depopulation and economic decline can be caused by natural disasters or wars, occur as a result of fertility decline, or when a primary industry ceases to exist. This last scenario is addressed by Cornelia Reiher who discusses the entwined phenomena of globalization, economic decline, and local identity

in Arita in southern Japan, which was once a vibrant pottery town. The Arita pottery industry began with the captured Korean pottery maker Ri Sam Pei who discovered kaolin (china clay, essential for porcelain making) there. During the 17th and 18th centuries, porcelain manufactured in Arita greatly inspired European porcelain manufacturers. After the industry almost ceased during World War II, pottery production rose to new heights during the 1970s and the 1980s, before the burst of the economic bubble took the industry into major decline. Presently, Arita is struggling with the characteristic problems that many declining areas in Japan are facing. The number of inhabitants has decreased while the ratio of people aged 65 and over is rising (17). The city's only hotel had to close in 2006 (12). In this bleak context, Cornelia Reiher investigates strategies of local actors to overcome decline and the role of local identity. The theoretical framework is taken from political science and draws on the work “Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics” by Ernesto Laclau and Chantal Mouffe (1985) who argue that political identities are constructed through a process of discursive articulation of signifiers that determine difference, meaning, and identity.

The book is divided into three parts. In the first part, Reiher identifies three signifiers that construct Arita's local identity – Arita as a historical place with a history of 400 years, Arita as a “traditional” pottery town, and Arita as an “international” town, which has a city partnership with the German porcelain town Meissen. The second part addresses identity construction, which is taking place against the backdrop of crisis. The first identity crisis has been caused by dwindling pottery sales. The second identity crisis was caused by the merger of Arita with the neighboring farming town Nishi-Arita in 2006, which has resulted in a loss of autonomy and financial dependence on the national government. The merger also showed the evolving conflict between farmers in Nishi-

Arita and pottery makers in Arita. Finally, frictions within Arita reveal that the dominant presence of pottery leaves no room for outsiders such as pottery makers from outside Arita who are not integrated into the town's professional network. Reiher's aim is to investigate whether crises of this kind weaken or challenge existing identities, perhaps leading to the creation of new identities. Her significant conclusion is that Arita's hegemonic local identity as the "home of pottery" in Japan is not being questioned but, paradoxically, remains firmly in place despite the decline of the main industry. However, local identity depends greatly on context and is being constructed in relation to and — in an almost obstinate manner — against "the others" — against pottery makers from China, who import "cheap" pottery, against Americans who advocate a dietary culture that does not require delicate porcelain, against consumers who do not appreciate the history and craftsmanship of Arita pottery, and finally against the farmers in Nishi-Arita and pottery makers from outside Arita (177).

The third part of the book addresses potential revitalization strategies such as regional development programs (*machizukuri*). Efforts to market Arita in an exhibition about arita-yaki in Germany and Japan in 2004 and 2005, and an attempt to link the promotion of Arita pottery to a national food education program have been only partially successful. So, is Arita an example of failure? The persistence of Arita's local identity as the "home of pottery" reveals the limitations of national revitalization strategies. Globalization is primarily seen as a threat by local actors in Arita and not perceived as an opportunity for new business concepts and global partnerships. However, Reiher concludes her analysis with cautious optimism. The development and implementation of viable national revitalization strategies that acknowledge globalization at least partially as a positive force will be needed to address the growing frictions between the national government and mar-

ginalized areas in Japan, and to improve their economic and political situations.

The strength of this timely book is the meticulous analysis of the complex relations between national, regional, and local identities. Reiher draws upon two years of work experience in Arita and applies a qualitative discourse analysis, which combines participant observation, in-depth interviews, and regional statistics. Approximately a hundred excerpts of extensive interviewing conducted in 2008 add analytical depth to the book and subtly but powerfully reveal the concerns, hopes and fears of people living in Arita. The theoretical framework could have been more closely connected to the empirical findings. The ideas of Laclau and Mouffe are presented at the beginning (26–30) but are rarely addressed throughout the analysis. Despite this minor flaw, Reiher's case study offers new perspectives on identity creation and showcases the dire situation of rural areas in OECD countries, and the limitations of globalization in marginalized areas. Addressing and overcoming these limitations is the task of sociologists, political scientists, and cultural anthropologists; for whom this book is essential reading.

Stephanie Assmann

Guy Powles: Political and Constitutional Reform Opens the Door: The Kingdom of Tonga's Path to Democracy

Suva: University of the South Pacific Press, 2013. 122 S., 20 USD

Am 19. Januar 2015 wurde im südpazifischen Königreich Tonga erstmals in der 170jährigen Geschichte der bis heute herrschenden Erbdynastie Tupou I ein bürgerlicher Abgeordneter im Parlament als Premierminister vereidigt. Es ist das Ergebnis von Verfassungsreformen der Jahre 2009 bis 2010, die im November 2014 (nach 2010) die zweiten Parlamentswahlen ermöglichten, in denen der Regierungschef und seine Minister nicht vom König ernannt

wurden. Während 2010 unabhängige Abgeordnete noch mit den adeligen Parlamentariern gestimmt hatten, votierten diese nun mit den Vertretern der Democratic Party of the Friendly Islands für dessen Vorsitzenden und Pro-Demokratie-Aktivisten, den vielfach politisch verfolgten und dem Haus am längsten dienenden Abgeordneten Akilisi Pohiva.

Die vorliegende Monografie analysiert und bewertet die vollzogenen Verfassungsreformen nicht nur hinsichtlich der dieser Entwicklung zu Grunde liegenden Entscheidungsprozesse, sondern auch bezüglich der dem König verbliebenen Machtfülle. Die hier besprochene Zweitaufage des Buches beinhaltet neben einem hinzugefügten Kapitel über die weiteren Reformentwicklungen der Jahre 2012 bis 2013 einen Abdruck der Verfassung von 2010. Der Autor ist emeritierter Staatsrechtler der Monash University im australischen Melbourne. Für viele Jahre arbeitete Powles auch als Berater in Fragen der Verfassungsreform in Tonga und anderen pazifischen Inselstaaten.

Der Staat Tonga war bis 2010 eine nahezu absolutistische Monarchie, deren traditionelle gesellschaftliche Fundierung bis heute auf drei Klassen beruht. Diese sind das 1845 nach Stammesfeinden vereinte und begründete Königshaus, 29 bis 30 Adelige mit 33 vererbaren Adelstiteln (nur diese sind wählbar) und neun ebenfalls vom König ernannte Ehrenadelige (*Life Peers*) sowie 100.000 Gemeine (*commoners*). Der König und die Adeligen besitzen das Land, das letztere in Erbpacht an die BürgerInnen vergeben können. Die Regierung bestand bis 2010 aus König und Kronrat (Privy Council), dem der Regierungschef und die Minister angehörten, alle ernannt durch den Monarchen ungeachtet der Amtszeit des Parlaments. Sie saßen der gesetzgebenden Versammlung (Legislative Assembly) vor, der durch Wahl neun Adelige und neun Bürgerliche angehörten. Adelige und BürgerInnen wählen bis heute ihre Parlamentsver-

treter jeweils separat. Die einzige Beschränkung der Exekutiv- und Legislativgewalt des Monarchen bestand in einer Judikative, die sich aus vom König berufenen Richtern aus Übersee zusammensetzt. Dies reflektiert eine Dichotomie des tonganischen Rechts, das aus der Autorität der Chiefs und seit 1893 aus Prinzipien der britischen Rechtstradition besteht.

Ein modernes und demokratisches politisches System fordern BürgerInnen für das Land schon seit Ende der 1970er Jahre. Noch vor den Unruhen in der Hauptstadt Nuku‘alofa vom 16. November 2006, denen ein Großteil des Geschäftsviertels durch Brände zum Opfer gefallen ist, erklärte sich König Tupou V (verstorben 2012) bereit, einer Devolution der Exekutivgewalt vom Monarchen auf eine dem gewählten Parlament verantwortliche Regierung zuzustimmen. Zwei Kommissionen wurden eingesetzt, von denen insbesondere der 2009 vorgelegte Bericht der Constitutional and Electoral Commission hervorsticht. Die Änderungsvorschläge wurden dann in Zusammenarbeit von König und dem von 2006 bis 2010 amtierenden ersten bürgerlichen Premierminister Feleti Sevele (durch den König berufen, als Dank zum Ehrenadeligen ernannt) ohne jegliche Diskussion nach eigenem Ermessen partiell umgesetzt.

Nach der reformierten Verfassung ist die Regierung nun eine Konstitutionelle Monarchie (bisher Konstitutionelle Regierung). Sie setzt sich aus Kabinett, Parlament und Justiz zusammen, während der König als Staatsoberhaupt fungiert. Das nun aus 26 Abgeordneten (17 Bürgerliche und neun Adelige) bestehende Parlament wählt den Premierminister, der wiederum die maximal elf Minister nominiert, von denen vier auch extern berufen werden können. Alle werden vom König ernannt, sind aber dem Abgeordnetenhaus und den WählerInnen verantwortlich. Ausnahmen sind hier der *Minister of Lands* und der *Speaker*, die aus dem adeligen Stand stammen müssen. Der vom König

ernannte Kronrat hat nur noch beratende Funktion.

Werden die verbliebenen Exekutivrechte des Königs thematisiert, wird deutlich, dass außer den oben genannten politischen Reformen die seit 1875 nur geringfügig veränderte Verfassung nicht angeastet wurde. Auch wenn § 31 eine Gewaltenteilung der Regierung suggeriert, ist der König nicht nur der traditionelle Führer aller Tonganer, der *hau*, sondern auch weiterhin heilig; er ist der Souverän aller Adeligen und des Volkes (§ 41). Die Monarchie ist nach der Verfassung unantastbar, die Konstitution ohne Zustimmung des Königs nicht zu ändern. Es fällt in das Ermessen des Königs, vom Parlament verabschiedete Gesetze zu akzeptieren und das gewählte Abgeordnetenhaus aufzulösen. Ein Misstrauensvotum gegen die Regierung ist 18 Monate nach und sechs Monate vor der nächsten Parlamentswahl nicht erlaubt. Wurde ein Votum im Haus eingebracht, ist das nächste erst nach einem Jahr zulässig.

Im Parlament haben nur die adeligen Abgeordneten das Recht, über das Königshaus und den Adel zu diskutieren sowie Gesetze über diese zu verabschieden. Der König behält auch die Exekutivgewalt gegenüber der Judikative. Er ernennt, diszipliniert und entlässt nach Rücksprache mit dem Kronrat die Richter und den nicht dem Kabinett angehörenden *Attorney-General* (Generalstaatsanwalt). Zudem beruft er den *Police Commissioner* und die Botschafter. Er ist der einzige, der internationale Verträge absegnen kann und zur Amnestie berechtigt ist. Er ist ebenfalls Oberbefehlshaber der Streitkräfte (seit 2013 „His Majesty's Armed Forces“) und ernennt alle Offiziere. Nur er kann den Notstand ausrufen. Hinzu kommen das alleinige Einbürgerungsrecht und die Hoheit über das Münzwesen.

Tongas Pfad zur Demokratie, um den Titel des Buches aufzugreifen, ist noch lang und steinig. Angesichts der dem Monarchen weiterhin zustehenden Exekutivgewalten und der nichtexistenten Kontrollrechte des

Parlaments gegenüber König und Adel kann weder von einer konstitutionellen noch von einer parlamentarischen Monarchie die Rede sein. Die Perspektiven für eine weitergehende Demokratisierung der Nation, die eine tatsächliche Beschränkung der Institutionen, Machtbefugnisse, Vorrechte und Privilegien von Königshaus und Adel beinhaltet, sind eher düster. Dies auch angesichts der immer noch vorherrschenden vormodernen gesellschaftlichen Werte und Normen, die auf Respekt, Gehorsam und Unterwerfung der Untertanen gegenüber der herrschenden Oberschicht beruhen. Angesichts der daraus resultierenden wirtschaftlichen Stagnation, der Orientierung der Administration auf den König und der gesellschaftlichen Verkrustungen sind, so auch der Autor, die in die neue Volksvertretung gesetzten Hoffnungen und Erwartungen nur schwer zu realisieren. Das Buch ist eine unverzichtbare Analyse von politischer Entwicklung und Verfassungswirklichkeit, die allen an der Geschichte des Königreichs Tonga Interessierten nur empfohlen werden kann.

Roland Seib